



## Bildung als Wahlkampfthema

### Was sind die Fakten? Was fordert die GEW?

**Vor den Osterferien haben Bremer Eltern eine Online-Petition gegen den hohen Unterrichtsausfall an einigen Schulen gestartet, denn mit den vorhandenen LehrerInnenstellen ist die Unterrichtsversorgung nicht gesichert. Für die Beschäftigten in den Schulen stellt sich die Situation noch dramatischer dar. Ohne ihre regelmäßige unbezahlte Mehrarbeit und ihr Engagement wäre der Schulbetrieb an vielen Stellen nicht aufrecht zu erhalten.**

Die Personalversammlung der Lehrkräfte hat die Senatorin für Bildung mehrfach aufgefordert, den Zustand zu beenden, dass fast alle Lehrkräfte dauerhaft und rechtswidrig bis zu drei Unterrichtsstunden im Monat ohne Vergütung vertreten müssen. Hierauf im Weser-Kurier-Interview angesprochen, erklärte die Senatorin: "Das ist schlichtweg eine Unterstellung, dass fast alle Lehrer dauerhaft Vertretungsstunden übernehmen. Richtig ist: Es gibt die beamtenrechtliche Verpflichtung, dass Lehrkräfte bis zu drei Stunden im Monat Vertretungsunterricht übernehmen müssen." Demgegenüber erklärte LandesvorstandssprecherIn Petra Lichtenberg: „Das ist deshalb rechtswidrig, weil laut Gesetz diese Verpflichtung eigentlich auf Ausnahmefälle beschränkt sein sollte. In Wahrheit ist aber die zusätzliche Vertretung an vielen Schulen schon im Stundenplan der KollegInnen vorgesehen. Dabei haben sie in den letzten Jahren schon viele weitere Aufgaben bekommen. Erhöhte krankheitsbedingte Unterrichtsausfälle sind die Folge. Das ist ein unhaltbarer Zustand."

Dieser Zustand ist nach und nach eingetreten, seitdem Bildungsminister Willi Lemke die reguläre Vertretungsreserve, die bis dahin jeder Schule im Grundbedarf zustand, abgeschafft hat, um Stellen einzusparen. Die Antwort der Senatorin für Bildung auf die Beschwerden von Eltern ist regelmäßig der Verweis auf den

Vertretungspool, der in den letzten zwei Jahren mehrmals aufgestockt wurde. Dieser Pool ist jedoch nur eine Notmaßnahme, der die grundlegenden Probleme von Unterrichtsausfall und unbezahlter Mehrarbeit nicht löst. Die Schulen brauchen in der Grundzuweisung von Lehrerstunden zum Schuljahresbeginn eine Vertretungsreserve von drei bis fünf Prozent, wie sie vor den Kürzungsmaßnahmen von Senator Willi Lemke vorhanden war. Es führt kein Weg daran vorbei:  
Der Bildungshaushalt muss kräftig aufgestockt werden.

#### Öffentliche Ausgaben Bremens für Bildung 2014 (Tsd. €, Berechnung des Statistischen Bundesamtes)

Kindertageseinrichtungen	178224
Schulen	483292
Hochschulen	216488
Sonstiges Bildungswesen	19440
Jugendarbeit	13328
Schüler- und Studierendenförderung	33026
<b>Summe</b>	<b>943798</b>

### Bremen liegt bei der Bildungsfinanzierung weit zurück

**Die PolitikerInnen der rot-grünen Koalition wollen es nicht wahr haben, aber es ist eine unbestreitbare Tatsache: Selbst im Vergleich zu den anderen Stadtstaaten besteht riesiger**

## Mehrbedarf - ganz zu Schweigen von internationalen Vergleichen.

Die Unterfinanzierung der Bildung in Bremen ist im Bereich der Schulen besonders eklatant. Dies zeigt der Stadtstaatenvergleich des Statistischen Bundesamtes:

### Ausgaben für öffentliche Schulen je SchülerIn 2011:

Land	Euro
Berlin	7400
Hamburg	7400
Bremen	6300

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bildungsfinanzbericht 2014, S. 57

**Um dieses Defizit gegenüber den anderen Stadtstaaten auszugleichen, sind bei aktuell 81491 SchülerInnen im Lande Bremen 89,6 Mio. € an Mehrausgaben nötig.** Bremens Ausgaben für Schulen betragen 2014 laut Bildungsfinanzbericht 483 Mio. €. Nötig ist also eine Steigerung um 18,5%, um mit Berlin und Hamburg gleich zu ziehen.

## Der Populismus der CDU:

Bildungsausgaben sind vor allem Personalausgaben. Die CDU fordert zurzeit 100 neue LehrerInnenstellen. Gleichzeitig fordert sie weitere Einsparungen im Öffentlichen Dienst. Als sie in der Regierung war, redete sie anders. Die Große Koalition von SPD und CDU hat von 1995 bis 2007 die Zahl der LehrerInnenstellen drastisch zusammengekürzt. Dabei war die CDU eine treibende Kraft. In der Stadtgemeinde Bremen sank das Stellenvolumen bei damals steigender SchülerInnenzahl von ca. 5100 auf ca. 4400. Das führte zu einer solchen Verschlechterung der Schüler/Lehrer-Relation, dass Bremen weit hinter den anderen Stadtstaaten und auch hinter dem Bundesdurchschnitt zurückblieb. Dieser tiefe Einschnitt wirkt bis heute fort:

### Schüler/Lehrer-Relationen 2013

Allgemeinbildende und berufliche Schulen

Stadtstaaten	
Berlin	14,4
Bremen	15,5
Hamburg	14,2
Bundesdurchschnitt	14,8

## Die Versäumnisse des rot/grünen Senats

Von 2007 bis 2011 wurde der Stellenabbau von der neuen Regierung zwar vorläufig beendet, aber gleichzeitig wurden in grober Verkennung der schwierigen Ausgangslage neue große Projekte mit erheblichem Personalbedarf beschlossen, insbesondere der Neuaufbau der Oberschule und die Einführung der Inklusion als erstes Bundesland, ohne die dafür notwendigen Neueinstellungen einzuplanen. Diese Projekte sind bis heute viel zu gering ausgestattet. Der Landesrechnungshof hat das 2012 in einem Bericht dokumentiert, der vom Senat aber ignoriert wurde. Hiernach benötigen die Schulen allein zur Absicherung der Inklusion und Entwicklung der Oberschule nach den von der Koalition selbst festgelegten Standards jährlich mindestens 20 Mio.€ mehr:

### Berechnung des Landesrechnungshofes:

#### Mehrbedarf für Inklusion und Oberschulentwicklung 2010 bis 2016:

**120 Mio., d.h. 20 Mio. jährlich**

#### Mehrbedarf ab 2016: jährlich 31. Mio.

Wenn wir uns nun die Wahlprogramme der Regierungsparteien ansehen, so wird wiederum auf die grundlegende Unterfinanzierung des Bildungsbereichs nicht eingegangen. Vielmehr werden neue Großprojekte angekündigt, wie die flächendeckende Einführung der Ganztagschule im Grundschulbereich. Gleichzeitig wird der finanzpolitische Kurs bekräftigt, der rigide Haushaltskürzungen beinhaltet.

## Das "Durchwursteln" muss ein Ende haben!

Trotz aller Beteuerungen des Senats haben wir es mit einer kontinuierlichen Verschlechterung der personellen Situation an den Schulen zu tun. Sie ist geprägt durch regelmäßige Mehrarbeit der Beschäftigten, Unterrichtsausfall, nicht ausreichende Förderung im Rahmen der Inklusion und weitere Missstände. Der erste Schritt zur Besserung besteht darin, dass die Regierungsparteien die Unterfinanzierung der Bildung anerkennen und nicht beschönigen.

// Die GEW dankt allen streikenden Kolleg\_innen für ihr Engagement. //



## **Akzeptable Gehaltserhöhung von insgesamt 4,61 % durchgesetzt**

- 2,1 Prozent rückwirkend zum 1. März 2015,
- 2,3 Prozen, mindestens 75,- euro zum 1. März 2016
- Mindestbetrag von 75 Euro

## **Eingriff in die Leistungen der Zusatzversorgung abgewehrt**

- In den nächsten 10 Jahren wird es keine Kürzungen bei den Leistungen der Zusatzrente der VBL geben
- Die Arbeitnehmerumlage wird von derzeit 1,41 Prozent in drei Schritten bis 2017 um insgesamt 0,4 Prozentpunkte angehoben

## **Die GEW hat gekämpft**

- In zwei Warnstreikwochen gingen bundesweit 200 000 Kolleg\_innen auf die Straße und machten Druck
- Die GEW hat einen großen Teil der Streikenden mobilisiert und damit einen wesentlichen Beitrag zur Durchsetzung positiver Ergebnisse geleistet

## **Die GEW hat die L-EGO Mogelpackung abgelehnt**

- Der Inhalt dieses L-EGO-Paktes: Verbesserungen für einige wenige, Verschlechterungen für mindestens genauso viele, 30 Euro mehr ab Herbst 2016 für einige, viele gehen leer aus
- Der Beamtenbund hat das Angebot angenommen und damit die gemeinsamen Verhandlungen im Alleingang beendet. Er hat sich in eine vierjährige Friedenspflicht begeben und von Verbesserungen für angestellte Lehrkräfte verabschiedet
- Die GEW hat diese Mogelpackung abgelehnt und bleibt damit weiter aktions- und streikfähig für eine gerechte Bezahlung der angestellten Lehrkräfte

## **Übertragung auf die Beamten**

- Einigung mit dem aktuellen Senat auf inhaltsgleiche Übertragung jeweils zum 1.7 2015 und 2016

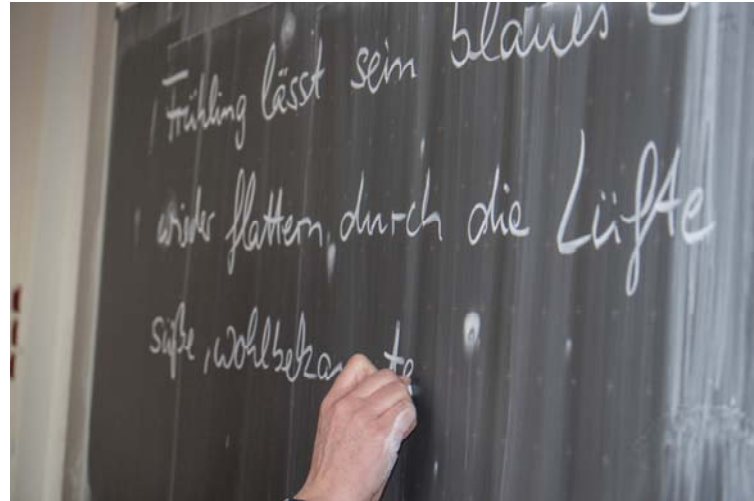
# Der Gewerkschaftstag der GEW hat zur Bürgerschaftswahl folgende Maßnahmen gefordert, die echte Verbesserungen bringen würden:

- Anhebung des jährlichen Personalhaushaltes der Schulen in der Stadtgemeinde Bremen um mindestens 20 Mio. Euro und eine entsprechende Erhöhung der Personalmittelzuweisung für die Stadtgemeinde Bremerhaven. Diese Mittel müssen vor allem eingesetzt werden, um die notwendigen Standards für die Inklusion einzuhalten.

- Ausbau der Schulsozialarbeit.

- Reduzierung des bedarfsdeckenden Unterrichts der Referendarinnen und Referendare und höhere und festgeschriebene Entlastung der Mentorinnen und Mentoren.

- Übernahme der bei nicht tarifgebundenen Trägern und Schulvereinen beschäftigten pädagogischen MitarbeiterInnen an Schulen in den öffentlichen Dienst.



- Tarifliche Bezahlung und eine vertragliche Arbeitszeit, die eine Sicherung des Lebensunterhalts ermöglicht.

**Liebe Kolleg\*innen (und liebe Schüler\*innen ab 16)!**  
**Am 10. Mai sind Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Beiräten.**  
**Nutzt euer Wahlrecht mit zweimal fünf Stimmen für Kandidat\*innen, die gewerkschaftliche Positionen vertreten, für eine Bürgerschaft und Beiräte ohne Rechte und Rechtspopulisten!**  
**Denn wer nicht wählt, wählt im Zweifelsfall rechts...**

**Euer GEW-Vorstand**

## Antrag auf Mitgliedschaft

Bitte in Druckschrift ausfüllen

### Persönliches

Nachname (Titel) \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_

Postleitzahl, Ort \_\_\_\_\_

Telefon / Fax \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_ Nationalität \_\_\_\_\_

gewünschtes Eintrittsdatum \_\_\_\_\_

bisher gewerkschaftlich organisiert bei \_\_\_\_\_ von \_\_\_\_\_ bis (Monat/Jahr) \_\_\_\_\_

### Berufliches

Berufsbezeichnung (für Studierende: Berufsziel), Fachgruppe \_\_\_\_\_

Diensteintritt / Berufsbeginn \_\_\_\_\_

Tarif- / Besoldungsgebiet \_\_\_\_\_

Tarif- / Besoldungsgruppe \_\_\_\_\_ Stufe \_\_\_\_\_ seit \_\_\_\_\_

monatliches Bruttoeinkommen (falls nicht öffentlicher Dienst) \_\_\_\_\_

Betrieb / Dienststelle / Schule \_\_\_\_\_

Träger des Betriebs / der Dienststelle / der Schule \_\_\_\_\_

Straße, Nr. des Betriebs / der Dienststelle / der Schule \_\_\_\_\_

Postleitzahl, Ort des Betriebs / der Dienststelle / der Schule \_\_\_\_\_

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt a. M.

Gläubiger-Identifikationsnummer DE31ZZZ00000013864

**SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der GEW auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber) \_\_\_\_\_

Kreditinstitut \_\_\_\_\_

BIC \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

weiblich  männlich

### Beschäftigungsverhältnis:

<input type="checkbox"/> angestellt	<input type="checkbox"/> beurlaubt ohne Bezüge bis _____	<input type="checkbox"/> befristet bis _____
<input type="checkbox"/> beamtet	<input type="checkbox"/> in Rente/pensioniert	<input type="checkbox"/> Referendariat/Berufspraktikum
<input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit _____ Std./Woche	<input type="checkbox"/> im Studium	<input type="checkbox"/> arbeitslos
<input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit _____ Prozent	<input type="checkbox"/> Altersteilzeit	<input type="checkbox"/> Sonstiges _____
<input type="checkbox"/> Honorarkraft	<input type="checkbox"/> in Elternzeit bis _____	

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag erkenne ich die Satzung der GEW an.

Ort / Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift (Antrag auf Mitgliedschaft) \_\_\_\_\_

Ort / Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift (SEPA-Lastschriftmandat) \_\_\_\_\_

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt. Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den für Sie zuständigen Landesverband der GEW bzw. an den Hauptvorstand. **Vielen Dank – Ihre GEW**